



Berlin Brief Nr. 315

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

13. Mai 2022



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

der 08. Mai ist der Tag der Befreiung! Mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands wurde ganz Europa von der Geißel des Faschismus befreit. Daran haben wir uns am vergangenen Sonntag erinnert. Denn auch heute gibt es noch Kräfte, die

Geschichtsrevisionismus betreiben und versuchen, Faschismus zu relativieren. Deshalb gilt es für uns umso mehr wachsam zu bleiben und Flagge zu zeigen. Wir Demokrat*innen müssen deutlich machen, dass wir es den Hetzern und Nationalisten nicht durchgehen lassen, die Geschichte umzuschreiben. Wehret den Anfängen! Das auf den 8. Mai der Europatag folgt, ist schon ein Zeichen an sich. Unsere Geschichte, aber auch die vergangenen Wochen haben uns gezeigt: Wir brauchen mehr Europa. Wir müssen allerdings auch erklären, was wir darunter verstehen. Für mich ist der Weg klar: Hin zu den Vereinigten Staaten von Europa! Auch wenn wir nicht alle EU-Staaten direkt überzeugen können, muss es einen Start der Willigen geben. Dafür arbeite ich im Europa-Ausschuss des Bundestages.

Neben dem Gedenken stand in dieser Woche auch die BAföG-Reform auf der Tagesordnung. Nachdem das BAföG damals unter Willy Brandt eingeführt wurde, haben 44 Prozent aller Studierenden es bezogen. Heute liegt der Anteil nur noch bei elf Prozent. Das wollen wir dringend ändern und mehr Menschen die Chance auf ein Studium ermöglichen. Mit der jetzigen Novelle machen wir das BAföG elternunabhängiger, damit mehr Studierende gefördert werden können. Zudem gibt es künftig mehr Geld zum Leben und Wohnen. Und wir schränken den Papierkram ein: Der Antrag kann nun einfacher und digital gestellt werden. Darüber hinaus wollen wir das BAföG strukturell weiterentwickeln, etwa durch einen Nothilfemechanismus in Krisenzeiten, durch eine Studienstarthilfe, eine längere Förderhöchstdauer und einen niedrigeren Darlehensanteil. Als Handwerker und ehemaligem Betriebsrat ist mir wichtig, dass wir neben dem Studium die Duale Ausbildung nicht aus den Augen verlieren. Schon heute fehlt es in vielen Ausbildungsberufen an Nachwuchs. Wir dürfen nicht der Mär aufsitzen, dass alle jungen Menschen studieren müssen. Klar ist für mich aber: Alle, die studieren wollen, dürfen daran nicht durch den Geldbeutel der Eltern gehindert werden!

Der Krieg in der Ukraine beschäftigt uns nach wie vor intensiv. Olaf Scholz hat nicht zuletzt mit seiner Ansprache vom Wochenende noch einmal deutlich gemacht: Wir tun alles dafür, damit sich die Ukraine verteidigen kann. Denn wir verteidigen damit auch unsere Freiheit und schützen das von uns unterzeichnete Völkerrecht. Deshalb liefert Deutschland der Ukraine im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen Waffen zur Selbstverteidigung. Hierzu ist die Bundesregierung im regelmäßigen Austausch mit der Ukraine, den Partnern in der NATO und der EU.

Dabei lassen wir uns von klaren Prinzipien leiten: Es gibt keine deutschen Alleingänge, wir tun nichts, was unsere Bündnis- und unsere eigene Verteidigungsfähigkeit einschränkt, wir werden nichts unternehmen, was uns mehr schadet als dem Putin-Regime und die NATO darf nicht zur Kriegspartei werden. Unsere Entscheidungen sind gut überlegt und entschlossen. Denn bei allem, was wir tun, müssen wir immer die Konsequenzen bedenken. Wir wollen eine weitere Eskalation vermeiden. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für humanitäre Fluchtkorridore und einen Waffenstillstand ein.

Der Krieg in der Ukraine hat auch massive Auswirkungen auf unsere

Energieversorgung und wir alle spüren dies durch steigende Preise. Um die Kosten abzufedern, haben wir ein Entlastungspaket vorbereitet, die wir jetzt nach und nach im Bundestag in Gesetze gießen. In dieser Woche haben wir das „9 für 90“-Ticket auf den Weg gebracht. Mit diesem vergünstigten ÖPNV-Ticket sollen die Bürger*innen unmittelbar entlastet werden. Von Juni bis August 2022 wird ein Tarif angeboten, der für 9 Euro im Monat die Nutzung des ÖPNV ermöglicht. Neben der finanziellen Entlastung der Bürger*innen wollen wir damit einen Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV und zur Energieeinsparung setzen. Für die Umsetzung des Vorhabens erhalten die Länder die finanziellen Mittel vom Bund. Damit haben wir einen ersten Schritt gemacht. Mit dem Wegfall der EEG-Umlage, der temporären Spritpreissenkung und der 300-Euro-Energiepauschale federn wir die Kosten für die breite Mitte der Gesellschaft ab. Klar ist aber, dass wir alle in den kommenden Monaten Mehrbelastungen tragen werden müssen. Diesen Preis zahlen wir für unsere Sicherheit.

Ihr/Euer



Termine

**16–
22
MAI** **Sitzungswoche des Deutschen Bundestags**
Berlin

**20
MAI** **Juso Kreisversammlung Heilbronn**
Heilbronn

Bild der Woche



**"Nach über zwei Jahren konnte ich endlich wieder eine Schuklasse im Deutschen Bundestag begrüßen.
Vielen Dank an die Klassen der Augusta-Bender-Schule Mobsach für das tolle Gespräch!"**



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? [Hier abmelden.](#)